

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abohmentpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.85 M., bei Selbstabholung 1.25 M. — Durch die Post bezogen vierjährlich 4.05 M., für 1 Monat 1.85 M. (Poststempel vierjährlich 42 Pf., monatlich 14 Pf.). — Feldpost unter Kreuzband, monatlich 1.85 M. Postcheckkonto Nr. 60 477.

Postcheckkonto Nr. 60 477.

Redaktion:  
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Fernsprecher: 18698

Inserate kosten die 7 gehaltene Zeitzeile oder deren Raum 85 Pf., bei Plakatvorrichtung 40 Pf. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauslage 4.— M. jedes Tausend, bei Teilauslage 6.— M. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Postcheckkonto Nr. 60 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21. Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Fortgang der Schlacht in Venetien.

### Die Jagd nach dem Kriegsgewinn.

Für Millionen brachte der Krieg die ungeheuerlichsten Strapazen für Leib und Seele, ein Leben in Dreck, Not und Gefahr, Trennung von Familie und Beruf und am Ende gar den Verlust von Gesundheit und Arbeitskraft, ein elendes Verenden auf blutdampsendem Trichterfeld. Wieder für Millionen bedeutete der Krieg eine unerhörte Steigerung der härtesten Arbeit, bei Lebensbedingungen, deren riesige Versteuerung nicht immer ausgeglichen wurde trog großer Lohnsteigerungen. Dafür aber warf der Krieg einem kleinen Kreis bevorzugter um so größeren mit wenig Mühe verbundenen Gewinn in den Schoß. Die Industrie, die sich rechtzeitig auf Kriegsmaterial um- und einzustellen wußte, „verdiente“ märchenhafte Summen. Aber auch Betriebe, die nicht Kanonen, Munition, U-Boote und Giftgas erzeugten, wußten ihre „Rendabilität“ ins ungemeinste zu steigern. Wer über genügend Papierchen verfügte, konnte sich kaum noch retten vor dem ständig wachsenden Dividendensegen. Aber auch fundige Nichtbesitzer von Papierchen fanden Mittel und Wege, sich zu bereichern. Unbeschwert von Gewissenskrüppeln, konnten sie durch Schiebungen und im Schleichhandel erst Gewinne von wenigen Tausenden bald zu Profiten von Hunderttausenden steigern. Dass auch die Herren von Ar und Halm ihr Schädlein aufs Trockne bringen konnten, braucht nicht erst dargelegt zu werden.

Die Mühelosigkeit, mit der diese Auserwählten Zehntausende und Millionen beiseitelegen konnten, die Aufdringlichkeit, mit der sich ihr Kriegsgewinnerum bald aller Welt offenbarte, die Befreiung von den Nöten der Kriegszeit, die ihnen ihr reicher Besitz brachte — das alles führte zu einem immer wilder werdenden Wettrau auf aller nur möglichen Leute nach dem Ziel, auch zur Schar der Kriegsgewinner zu gehören.

Der Schleichhandel blüht allen behördlichen Verordnungen zum Trotz lebhafter denn je. Und wer versucht nicht alles, Schleichhandelsprosite in die Tasche zu stehlen! Aus allen Berufen, aus allen Gesellschaftsschichten rekrutiert sich das Heer derjenigen, die irgendwie ein Quantum begehrter Waren aufzutreiben suchen, um es dann mit gehörigem Aufschlag wieder an den Mann zu bringen.

Jede Beziehung, jede Verbindung wird ausgenutzt, um etwas zu ergattern und das Ergatterte mit Gewinn zu verkaufen. In den Mittagspausen mancher Großbetriebe entwickelt sich unter den Angestellten ein Leben, das dem Gewühl auf einer Börse nicht unähnlich ist. Manche Wohnung im Gartenhouse einer abgelegenen Straße zeigt einen Geschäftsverkehr, um den sie viele Kontore bilden könnten. Frauen und Jugendliche entfalten kaufmännische Talente. Auf der einen Seite drängt die Not und treibt etwas zu verdienen. Auf der andern Seite lohnt das Beispiel anderer, die „über Nacht reich werden“. Im Kleinen kann angefangen werden; wer weiß, ob es nicht im Großen endet.

Nicht geringer ist der Andrang derjenigen, die durch Spekulation in Industriepapieren mühelose Kriegsgewinne zu machen wünschen. Nicht nur Kapitalbesitzer kaufen und verkaufen mit einer sonst kaum geläufigen Rücksicht. „Gevatter Schneider und Handschuhmacher“ opfert, wie es dieser Tage in einem sehr lebenswerten Ausschau im Handelsteile des Berliner Tagesschreibens heißt, seine paar Kröten, um „mitmachen“ zu können. Vor allem glauben die Angestellten der Banken, die ja gewissermaßen „an der Quelle“ sitzen und die Gewinnmöglichkeiten des Börsenspiels lange genug aus nächster Nähe verfolgen konnten, ein Spiel auf eigene Rechnung wagen zu können und wagen zu wollen.

In manchen Bankbüros bilden sich förmliche Spielkonsortien von Angestellten, die ihren Partnern (solange es gut geht) seite Prozente abwerfen. Die Partnerschaft bei solchen Konsortien erstreckt sich bis auf die Kontoristinnen, die auf diese Weise weit über ihre Gehälter hinausgehende Gewinne einstreichen.

Der Verfasser des Artikels meint, daß überhaupt gerade das weibliche Element in gewissen Bevölkerungsschichten in besonders großem Umfang dem Börsenspiel anhinge. Auf den Elektrischen der Friedrichstadt könne man aber auch oft „noch ganz jungen Bürschchen“ begegnen, die sich prahlend erzählen, was sie bei ihrem letzten Geschäft in „Lemberg“ und „Rheinmetall“ verdient hätten.

Ein Taumel ist an der Börse infolge dieser Spekulationswut ausgebrochen. Nicht nur, daß die Papiere der wirklich glänzenden Unternehmungen eine oft schwindelerregende Höhe erreicht haben. Auch Unternehmungen ohne nennenswerte Erträge sehen, von der Spekulation auf den Scheid gehoben, ihre Aktien erstaunlich im Kurse steigen.

Ausgesprochene Konvalenz, wie die Stammaktien der Westdeutschen Eisenbahngesellschaft, denen bei der großen Unterbilanz dieses Unternehmens überhaupt kaum ein reeller Wert zukommt, wurden plötzlich... um mehr als 20 Prozent gestiegen. Die Stammaktien der Schlesischen Kohlen- und Holzwerke, für die ein Zusammensetzungsbeschluß im Verhältnis von 8 zu 1 vorliegt, haben einen Stand von 60 Prozent überschritten. Nach der Zusammenlegung würde dies einen Kurzstand von fast 500 Prozent bedeuten. Die Aktien der Spinn u. Sohn-Gesellschaft, die nach zehn dividendenlosen Jahren und nach allmäßlicher Tilgung ihrer Unterbilanz für 1917 zum erstenmal wieder eine Dividende ausschlagen kann, sind bis weit über 200 Prozent getrieben worden.

Diese Darlegungen eines Fachmannes müssen nach den verschiedensten Richtungen hin zu denken geben. Sie beweisen die Krankhaftigkeit der ganzen heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse; sie prophezeien für die Zeit, da ernsthafte Friedensaussichten der „Kriegskonjunktur“ endlich einmal ein Ende bereiten werden, einen Krach, wie ihn unsre Wirtschaftsgeschäfte wohl noch nicht gezeigt hat. Sie lassen gewisse Stimmungen und Tendenzen, die einem baldigen Frieden der Versöhnung entgegenstehen, besser verstehen und würdigen. Es würde zu weit führen, auf all das hier einzugehen.

Es soll nur der Blick darauf gelenkt werden, wie sehr auch diese Ausführungen die in weiten Kreisen entflammt Gier beweisen, sich durch mühseligen Kriegsgewinn von allen Sorgen zu befreien und zum reichen Herrn zu machen. Die „große Zeit“ mit ihrer angeblichen Läuterung der Seelen und Erhebung der Geister hat die Jagd nach dem Profit ohne Arbeit nur neu entfacht und in niegelnantem Maße gesteigert. Wohin soll diese Jagd nach dem Profit noch führen?

### Hertling gegen Erzberger.

Die alte angesehene katholische Halbmonatsschrift Historisch-politische Blätter ergreift nunmehr auch das Wort zu der Auseinandersetzung im Zentrum, die sich vorwiegend an das Vorgehen des Abgeordneten Erzberger im Juli 1917 und im Mai 1918 knüpft. Der Aussch, der sich Die deutsche Zentrumspartei im Weltkrieg betitelt, geht einleitend zurück auf die Erörterung der auswärtigen Politik, die am 14. und 15. November 1906 im Reichstage infolge einer nationalliberalen Interpellation gesplogen wurde. Fürst Bülow, so heißt es, habe damals alles rosig gesäubert und namentlich das Verhältnis von England und Deutschland als gut und gesichert geschildert, im Gegensatz zu Bassemann, der die Annäherung von England und Russland bezüglich Zentralasien vorausgesehen und vorausgesagt habe. Die unrichtige Orientierung in der auswärtigen Politik Deutschlands habe sich weiter behauptet bis zum Ausbruch des heutigen Weltkrieges; einige Zentrumspolitiker hätten an ihr auch noch festgehalten bis zum 19. Juli 1917, wo bekanntlich die Friedensresolution im Reichstage beschlossen wurde, die aus innerpolitischen Motiven entstanden, durch eine westmährisch orientierte deutsche Auslandspolitik geleitet sei. Hier liege auch die Quelle der Gegensätze im Zentrum, soweit auf die auswärtige Politik Bezug zu nehmen sei. Die Frage laute, ob es notwendig, nützlich und möglich sei, England zu besiegen. Sie sei nicht schlüssig zu beantworten, aber nach der Abstimmung aller Friedensangebote und nachdem sich alle diplomatischen und privaten Annäherungsversuche als nutzlos erwiesen hätten, gäbe es keinen andern Ausweg, als den der andauernden und äußersten Kriegsfortsetzung, der Hochhaltung der Stimmung im Volke und des Vertrauens auf die Oberste Heeresleitung, welche den Sieg Deutschlands zusammen mit dem tapferen Heere erringen mit Bestimmtheit verbürgt.“

Das ultramontane Blatt wird dann deutlicher, zu wessen Lob und zu wessen Tadel der Aussch geschrieben ist, indem es meint, die „ganze Institution der beauftragten und nicht beauftragten Friedensreisenden“, die die Brücken zum Feinde schlagen wollten oder sollten, habe keine guten Geschäfte gemacht. Es seien Politiker und andere Beauftragte in den Kreis der auswärtigen Politik hineingezogen worden, die für sie entweder gar keine oder keine diese historisch-politische Bildung mitbrachten, um die Zusammenhänge würdigen zu können, die kein Fachwissen und keine praktische Erfahrung besäßen, sondern in Teilschichten nach Symptomen, Stimmungen und Vorabinissen mit engbegrenzten Ausschauungen zu einem bestimmten Zweck Aufgaben zu lösen versuchten, wobei nach Rezepten der inneren Politik ver-

jahren wurde“. — So geht es unter Andeutung von Vorabinissen, aber ohne Nennung von Namen, in der Kritik der „Friedensreisenden“ weiter. Wer in der Haupthand gemeint ist, darüber lassen Sähe, wie die folgenden, keinen Zweifel:

Manche haben sehr viel erfahren und glauben, ohne die weiteren Gestaltungen und Absichten von Regierung zu Regierung zu kennen, ohne die amtliche Kenntnis über die wechselnde Lage zu bestehen, ohne den militärischen Stand der Dinge und von der obersten Heeresleitung ins Auge geschaut Möglichkeiten über Krieg und Frieden bilden zu dürfen. Der Fehler liegt darin, daß die Zahl derer, die solche Erfahrungen machen können, größer als zuträglich ist. Er vergrößert sich, wenn, wie in einem gegebenen Falle nachkontrolliert werden könnte, die Wirksamkeit der eigenen Person in großer Selbstüberhöhung bewirkt wird, wenn ob das Gehege der Jäger sich allzu mitteilsam öffnet, so daß die Mitteilungen allerorten von Mund zu Mund gehen und in Köln, München, Stuttgart, Breslau so bekannt sind, wie in Berlin selbst.

Dieses „Geschäftsträgerium“ sei, wie mit erkennbarer Absicht wiederholt hervorgehoben wird, unter der Kanzer-Schaffung Bethmann Hollwegs entstanden, nach dessen Staatskunst es orientiert war und mit der es den „pessimistischen Grundsatz“ gemein hatte. Die Wendung zum Besseren — so heißt es dann — sei mit der Ernennung des Grafen Hertling zum Reichskanzler erfolgt, der es „verstanden hat, die innerpolitischen Schwierigkeiten zurückzudrängen und der ganzen politischen Führung durch enges Zusammenarbeiten mit der Obersten Heeresleitung einen anderen Schliff zu geben“. Und nun wird an der Person des gegenwärtigen Reichskanzlers der Staatsmann gezeigt, wie er sein soll, der Mann aller Gaben, Fähigkeiten und Tugenden, der im Gegensatz zu den unbeamten und daher unberufenen Politikern allein imstande ist, das Staatschiff aus des Unwetters Not glücklich in den bergenden Hafen zu leiten. Man höre:

Warum ist Graf Hertling heraußen worden? Es ist nicht unbekannt, daß sich Graf Hertling seit langen Jahren beim Kaiser großer Werth schätzen erscheint. Das ist eine wesentliche Vorbereitung im konstitutionellen Staate, aber sie ist nicht die einzige. Graf Hertling gilt schon als Reichstagabgeordneter als erfahren in der Beurteilung der weltpolitischen Zusammenhänge. Das kommt heute noch in Zeitschriften gelegentlich zum Ausdruck, selbst mit der Zusicherung, er sei der einzige dieser Art qualifizierte Beurteiler im Reichstage gewesen. Bekannt ist auch sein außerordentlich diplomatisches Geschick. Eine zweite Persönlichkeit, die in gleicher Weise als homo peritus (stündiger Mann) das Amt des Reichskanzlers übernehmen könnte, gibt es im deutschen Reich nicht.

Nachdem Graf Hertling auf dem dunkeln Hintergrunde der Gelegenheitsdiplomaten in das rechte Licht des mit allen Graden und Gnaden ausgezeichneten Staatsmannes gerückt ist, wird nun Matthias Erzberger, und zwar jetzt mit aller Deutlichkeit und Entschiedenheit, vorgenommen. Er wird erinnert an sein Vorgehen im Juli 1917, wobei bestätigt wird, was außer Scheidemann und den Seinen von jedem Politiker anerkannt wird, daß die Reichstagsresolution vom 19. Juli „vornehmlich aus innerpolitischen Gründen entstanden“ war, um der Sozialdemokratie eine Plattform zu geben, von der sie in ihrer Wählerschaft gegen Streiks und die Radikalsozialisten wirken möchte. Er wird erinnert an sein Vorgehen am 8. Mai 1918, das „wie eine Explosion“ gewirkt habe, und er wird erinnert an die Ereignisse vom Dezember 1908, die zur Auflösung des Reichstages, zur Ausschaltung des Zentrums unter dem Bülowblock führten, wobei bemerklich wird, daß die Fehler, die 1908 mit „durch den Sturm und Drang des Abgeordneten Erzberger begangen worden sind“, eine „lange fatale parteipolitische Bedeutung“ erlangt haben.

Der Aussch in den Historisch-politischen Blättern verlangt weder die Bevestigung, noch die Kaltstellung Erzbergers. Aber er spricht doch den Wunsch aus, daß die Zentrumsführung ihre Autorität schärfer zur Geltung bringt. Es wird an Windthorst erinnert, der einmal einem Abgeordneten ein Ultimatum gestellt habe mit den Worten: „Wenn das noch einmal vorkommt, gehe entweder ich oder es geht der Herr Abgeordnete!“ Das Zentrum, so schließt der Aussch, müsse in sich vereinigen die Angehörigen aller Stände, die „einer christlich-konservativen Staatspolitik und der freien Betätigung auf konstitutionell-monarchischem Boden im Einvernehmen mit einer kraftvollen, zielbewußten, das Volkswohl allein verfolgenden Herrschaft gewogen.“



## Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 10. Juni. Amlich. (Bl. 2. B.)  
Westlicher Kriegsschauplatz.

### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Nege Erkundungstätigkeit der Infanterie. Versangriffe des Feindes aus Kleppewalde und nordöstlich von Böhmen wurden abgewiesen. Der Artilleriekampf fand nur in wenigen Abschüssen auf.

### Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Südwestlich von Domiers scheiterte am frühen Morgen der Angriff französischer Regimenter im Nordosten des Waldes von Villers-Cotterets. Am Tage mehrfach wiederholter Angriff beläuft uns östlich von Moncure vor springende Masse etwas in das Innere des Waldes zu. Im Elsass-Nord-Abschnitt, nordwestlich von Château-Thierry, stiegen mehrere französische Kompanien zum Angriff vor. Sie wurden von unseren Vorposten abgewiesen.

Artillerie und Minenwerfer belegten mit starken Feuerüberfällen die feindlichen Anlagen bei Neim. Nachfolgende Infanterieabteilungen brachten etwa 50 Gefangene ein.

Gestern wurden 23 feindliche Flugzeuge und 3 Fesselballone abgeschossen.

Hauptmann Berthold errang seinen 25. Leutnant Bölgens seinen 22. Auftrag.

Der erste Generalquartiermeister: Budenbros.

## Der Österreichische Tagesbericht.

Wien, 18. Juni. Amlich wird verlautbart: Die Schlacht in Venedig nimmt ihren Fortgang. Die Armee des Generalobersten Freiherrn v. Wurm gewann an zahlreichen Stellen Raum; ihr Südblock erzielte in zähnen Kämpfen den Kanal Poebba. Generaloberst Erzherzog Alfonso haupte seine Erfolge im Venetianischen aus. Italienische Generäle schließen. An drei Kampftagen wurden in diesem Gebiet 78 italienische Geschütze eingebracht, darunter zahlreiche schwere Kanonen. Beiderseits der Brenta rannen der Feind abermals verzweigt gegen unsre neuen Stellungen an. Ebenso erfolglos verließlich von Asolo mehrere englische Angriffe. Die Zahl der Gefangenen ist auf 30.000 gestiegen, jene der erbeuteten Geschütze auf mehr als 120. Die Verbündeten Minenwerfer und Maschinengewehren, sowie sonstiger Artilleriemittel ist noch nicht gezählt.

Der Chef des Generalstabes.

### 15. Genossenschaftstag.

k. Köln, 17. Juni.

Der 15. ordentliche Genossenschaftstag des Centralverbandes Deutscher Konsumvereine begann heute vormittag hier im Glüzenbach bei zahlreicher Beteiligung. Als Vorstehende des Kongresses wurden bei zahlreicher Beteiligung 125.000 Delegierte und Gäste anwesend. Als Vorstehende des Kongresses wurden Barth (München), Hoffmann (Magdeburg) und Vause (Köln) bestimmt.

Beim ersten Punkt der Tagesordnung:

Bericht des Vorstandes.

besprach das geschäftsführende Vorstandsmitglied Heinrich Kaufmann (Hamburg) die Entwicklung des Centralverbandes Deutscher Konsumvereine. Insgesamt gehörten Ende 1917 dem Centralverband 1112 Vereinigungen mit 2.200.000 Mitgliedern und 28.400 beschäftigten Personen an. Als besonders beachtenswert erwies sich der starke Mitgliederzuwachs während der Kriegszeit um Nahezu eine halbe Million Familien über 75%. Es sei ein Beweis dafür, daß trotz aller Schwierigkeiten die Anziehungskraft der Konsumgenossenschaftsbewegung sich noch verstärkt hat. Die Berufsstatistik läßt erkennen, daß sie weitere Kreise sich der Konsumgenossenschaftsbewegung anschließen. So steigt die Zahl der selbständigen Gewerbetreibenden von 88.000 auf 118.000, der Handmire von 30.000 auf 48.000 und der Beamten und Mitglieder der freien Berufe von 37.000 auf 51.000. Die Zahl der wirtschaftlichen Mitglieder betrug bei Kriegsbeginn 27.000. Sie ist während des Krieges auf 44.000 gestiegen. Als außergewöhnliche Auswirkung der Konsumgenossenschaften ist zunächst die Geweitung der Warenverteilung auf alle Verbrauchsstellen zu nennen, die bisher durch die preußische Warenausstattung in weiten Teilen des Reiches verhindert worden ist. Gerade die gegenwärtigen Preisstrebereien in Beleidungsgegenständen, Schuhwaren und Haushaltssachen zeigen die Notwendigkeit des Einzelhandels einer preisbewussten Tätigkeit der Konsumvereine. Die gute Entwicklung der Eigenproduktion der Konsumgenossenschaften und ihrer Großaufsatzgesellschaft während der Kriegszeit lassen als eine weitere dringende Aufgabe den Ausbau der Eigenproduktion erkennen. In Frage kommen der Ausbau der genossenschaftlichen Bäckereien, die Errichtung von Schlachtereien, die Entwicklung der Jungen-Neuen-Eigenproduktion (Mineralwasserfabrikation, Sauerkräutefabrikation, Wurstsalzen, Wurstsalz usw.), die Errichtung von Molkerien (event. in Verbindung mit den Gemeinden und Landwirten), von Bezirksschärfereien usw. Die für die Konsumvereine gemeinschaftliche Eigenproduktion der Großaufsatzgesellschaft kann um Zustande von Fabriken der Nahrungs- und Genussmittelbranche sowie später auch der Beleidungs- und Schuhwarenbranche erweitert werden.

Über die Tätigkeit des Vorstandes unter besonderer Berücksichtigung der durch den Krieg erforderlichen Maßnahmen referierte hierauf das Vorstandsmitglied Bästlein (Hamburg). Neben berichtet zunächst über die im Verlauf des Krieges des Genossenschaftstags im Vorjahr getroffenen Maßnahmen, betreffend die öffentlich-rechtliche Vertretung der Verbraucher. Sowohl an den Deutschen Reichstag wie auch an sämtliche Bundesstaaten sind Einschränkungen gemacht worden, den Konsumvereinen eine Vertretung in den Handelskammern zu gewähren. Die Mehrzahl der Parlamente hat diese Forderung bereits behandelt und steht zum Teil der Sache auch wohlwollend gegenüber. Die weitere Nationierung aller Lebensmittel ist teilweise zu Unannehmlichkeiten geführt. Dort, wo die Leiter der Konsumvereine bei den Behörden mitarbeiten, vollzogen sich die Sache glatt, dagegen macht sich anderseits in den Gemeinden eine Mittelstandspolitik bemerkbar. Redner berichtet allgemein einigem über die Sache verstorbenen und stellt fest, daß ein großer Teil von Kommunalverbänden, die durch die Bundesstaatsverordnungen festgesetzten Höchstpreise übertreift, und zwar sind es solche, die die Selbstversorgung des Landes in die Hand genommen haben.

An Beispielen erläuterte der Redner, welche Summen den Verbrauchern durch die jeweile Zuckerförderung zu Unrecht abgenommen werden. Der Referent betonte dann, daß es im Laufe der Kriegszeit keinem Konsumverein gelungen sei, seine Anteil an der Ausbringung des Mittel zu tragen. Mit Entschließung wird jedoch davon Kenntnis genommen, daß durch einen Antrag Hoffmann und Genossen die Konsumvereine besonders besteuert werden sollen. Der Redner legte eine Entschließung vor, die im Sinne seiner Darlegungen gehalten ist.

Am Dienstagmorgen begründete Flechner (Dresden) eine vom Konsumverein Dresden eingeführte und von den Polizei-Direktoren unterstützte Einschließung, in der gegen die von der Reichsregierung geplanten neuen indirekten Steuern entschiedener Widerspruch erhoben wird. Die geplante Umsatzsteuer würde die Mitglieder der Konsumvereine schwer treffen. Der Referent Bästlein habe gemeint, es sei Sache der politischen Parteien, zu der Steuerfrage Stellung zu nehmen. Es sei aber auch eigene Sache der Konsumvereine, sich rücksichtslos zu wehren. Die Genossenschaften müssen

sich grundsätzlich gegen indirekte Steuern und gegen die Umsatzsteuer wenden und ihren Protest erheben.

Flechner (Stuttgart) hat grundsätzliche Einwendungen gegen einige Abfälle der Entscheidung von Dresden. Durch sie würde der Genossenschaftstag verpflichtet, eine Entscheidung in der Steuerpolitik zu treffen. Das sei aber nicht Aufgabe des Genossenschaftstages, sondern der allgemeinen Partei- und Wirtschaftspolitik. Redner erachtet die Resolution Flechners in diesem Sinne abzulehnen.

An der weiteren Auseinandersetzung stimmten einzelne Redner den Ausführungen Flechners, andere denen von Flechner zu. Es wurde betont, daß auch andre wirtschaftliche Organisationen sich mit der Steuerpolitik beschäftigt hätten, ohne daß sie der politischen Beteiligung verdächtigt worden seien. Die Dresdner Resolution wäre das mindeste, was gesagt werden müsse.

Bei der Abstimmung wurde der Abänderungsantrag Flechner, wonach der Einspruch gegen indirekte Steuern gestrichen werden soll, gegen eine starke Minorität angenommen. Der so abgeänderte Antrag Dresden lautet nun: "Der 15. Genossenschaftstag des Centralverbandes deutscher Konsumvereine in Köln erachtet entschiedenen Widerspruch gegen die Erhöhung der Umsatzsteuer, die insbesondere mit gefährlichen Gütern bei Steigerung des Umfangs im Kleinhandel vor allem die Mitglieder der Konsumvereine treffen würde. Die Konsumvereine sind keine privatkapitalistischen Unternehmungen, sondern gemeinnützige Einrichtungen zum Wohle der Unbedienten. Ihren Warenumsatz besonders und gar erhöht zu besteuern, heißt den Mitgliedern den durch genossenschaftliche Betätigung erreichten wirtschaftlichen Vorteil zu einem wesentlichen Teil vernichten, heißt die gemeinnützige Tätigkeit durch drückende Steuern bestrafen. Die im Steuerausschuß des Reichstages eingebrachten Anträge auf Staffelung der Umsatzsteuer würden das in ihr liegende Interesse der Konsumvereine gegenübersetzen, gerade auf die Spitze treiben. Der Genossenschaftstag erachtet daher den Deutschen Reichstag, jede Maßnahme, welche die Konsumvereine in ihrem voldiwirtschaftlichen Streben behindert, zurückzuweisen. Solche solche aber noch bestehen, auf deren Befreiung zu dringen."

Der Genossenschaftstag stimmt ferner die Entscheidung von Bästlein zu. Danach nimmt der Genossenschaftstag mit Bedauern davon Kenntnis, daß die Grohelnklaus-Gesellschaft deutscher Konsum-

tarifabschlüsse mit den Hilfsarbeitern mit der Behauptung, die Hilfsarbeiter seien noch nicht reif für einen Tarif. Ihre Ausschreibungen lügen darin aus, daß nichts mehr übrig bleibe, als die festgelegten allgemeinen Bestimmungen beim Tarifamt und den Tarifvertrag beim Deutschen Buchdrucker-Verein seitens des Vorstandes zum 8. Juli d. J. zu kündigen. Die Debatte über diesen Punkt war, wie vorauszusehen war, lebhaft und geschildert, bis doch die Erörterung dieser Frage der Grund, weshalb ein außerordentlicher Verbandsitag abgehalten werden mußte. Die Debatte bewegte sich vollständig im Rahmen des Reservats. Es kam von allen Rednern zum Ausdruck, daß die Hilfsarbeiter für ein Tarifverhältnis sind, aber nicht unter den bisherigen Umständen. Nachdem Harber (Augsburger), Grünmann (Buchdrucker) und Groll (Vertreter der Generalkommission) gesprochen, wurde die geschlossene Sitzung auf Mittwoch früh vertagt.

## Gerichtszaal.

### Vandgericht.

Eine unverantwortliche Vertraulichkeitsgeheimnis zeigte die Gastwirtin I. zweiten ihr ganz unbekanntene Güter gegenüber, die am 3. März in ihrem Lokale eingeführt waren. Die beiden jungen Männer erboten sich im Laufe der Unterhaltung mit Frau I. Ihr einen Zentner besser Rossmilch zum Preise von 250 Mk. sofortiger Auszahlung hinzu, die Güter zu liefern. Frau I. ging auf das Geschäft ein und gab die 250 Mk. hin, nach den verabredeten drei Tagen kamen die beiden Leute auch wieder, sie brachten aber nicht die Ware, sondern ließen sich noch 115 Mk. Nachzahlung einfordern, da die Wurst um diesen Betrag teurer geworden sei. Am 11. März erhielt Frau I. einen Duplicatbriefschluß gestellt, gemäß dem auf der Bahn fünf Zentner waren in zwei Kisten zum Abholen für sie angeliefert. Nach einigen Tagen stellte Frau I. die Güter ein und wollte noch 300 Mk. auf die Rossmilchrechnung haben. Er mußte aber unverrichteter Dinge wieder abziehen, denn Frau I. hatte doch endlich Verdacht geschöpft. Sie erachtete Angeklagte bei der Polizei und die Schwinkler wurden nach einigen Tagen auch in Haft gebracht. Es stellte sich heraus, daß man es mit dem schon oft bestraften Reichsbeamten Max Jauk und dem Pferdewärter Kurt Prilly, beide aus Halle, zu tun hatte, die gar nicht in der Lage gewesen waren, die Rossmilch zu liefern, es auch nicht gewollt hatten. Den Frachtabreit hatten sie in der Weise zurecht gemacht, daß sie zwei Kisten im Gewicht von 25 Kilogramm auf der Bahn aufgegeben und auf dem Duplicat dann auf der Bahn 250 gefälscht hatten. Die dritte Strafklammer des Kindergesetzes erkannte gegen den Angeklagten Faust, der den sauberen Plan ausgeheckt hatte, in Unbetracht seiner Vorstrafen auf ein Jahr sechs Monate Zuchthausstrafe und dreijährigen Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, gegen den Angeklagten Prilly auf eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten.

Ein singulärer Einbruchdiebstahl. Der Zigarettenhändler Adolf Sack hatte sich wegen eines eigenartigen Vertrags vor der 2. Strafkammer des Landgerichts zu verantworten. Die Lagerbestände in dem Laden des Sack waren bei einer Versicherungsgesellschaft mit 5000 Mk. gegen Einbruch versichert und nun hat er Ende März dieses Jahres bei der Gesellschaft einen Anspruch auf 8417,15 Mk. Schadenersatz geltend gemacht, indem er angab, für so viel seien Waren aus dem Laden gestohlen worden. Der Diebstahl ist aber von ihm fingiert gewesen und so lautete das Urteil gegen Sack auf 10 Monate Gefängnisstrafe.

## Aus der Partei.

### Neue Kampfmethode der Unabhängigen.

Unter dieser Spitzname bringt die abhängige Presse eine Mord- und Schauergeschichte aus dem Wahlkreis Hanau. Danach sollen nach einer Beschlagnahme des Reichstagabgeordneten Hoch in Mittelbüchen am 2. April Hoch und der Vorsteher der Organisation der Hanauer Unabhängigen Schleifer, auf dem Heimweg von einer Gruppe Unabhängiger durchschritten und bedroht worden sein. Nach einem bürgerlichen Blatte wird behauptet, daß man von Schleifer unter peinlicher Beschimpfung Rechenschaft über einen unschönen Bruder gefordert habe, mit dem er die Unabhängigen belegt haben sollte, den er aber nach einer in der Volksstimme abgegebenen Erklärung nicht gebraucht habe. Da die Unabhängigen ihrer Forderung mit Söhnen und gekauften Western Nachdruck zu geben sich angescindet hätten, habe Hoch die Feinde zur Vernunft ermahnt, möglich auch gegen ihn eine drohende Sanktion einzunehmen und ihn die unflieglichen Ausdrücke an den Kopf geworfen worden seien. Man erwartet als Fortsetzung nun die Schärfung eines durchschwärzten Blutverganges, das die Unabhängigen unter den armen Abhängigen angezichtet hätten. Es folgt aber nur die Mitteilung, daß die Parteileute, nachdem sie so ihr Mützen geküßt hatten,predigt von ihrem Erfolg die Kampffäthe verlassen hätten.

Wahr ist an dieser Mordgeschichte nur, daß der Herr Schleifer allerdings die Unabhängigen nach der Beschlagnahme als Plebs beschimpft hat, was er in seiner tapferen Art hinterher abzuleugnen sucht, daß ihn deshalb einige entstiege Parteimitglieder, deren Frauen der Herr Schleifer insbesondere mit seinem Schimpfwort gemeint hatte, auf dem Wege zur Bude stellten, und daß in der Auslandserde eine über 70 Jahre alten Parteigenosse sich in der Nähe des Gesetzes zu der Neuherung hinsetzen ließ, daß Leute wie Hoch nicht mehr wert seien, als daß man sie niederschläge. Wir wollen diese Neuherung selbstverständlich nicht antworten, von ihr bis zu der offensicht von der Angst der Abhängigen erzeugten Vorstellung, daß die Unabhängigen Söhne und Messer zu töten sich anschickten, ist aber noch ein weiter Weg.

### Aus dem Hamburger Echo.

Die Arbeiterschaft muß doch unglaublich reich gewesen sein, denn sie hat nach dem abhängigen Echo immer noch viel zu vorbereiten. In einem Aufsatz "Ein Mahnur auf die Arbeiterschaft" (Nr. 180 des Echo) bemerkte das Blatt, zwar stelle sich die Regierung immer unverhüllter in den Dienst des durch den Arbeiter übermächtig angewandten Großkapitals und lohne dem arbeitenden Volke seine aufopfernde Treue und Hingabe mit verleidenden Mißtrauen", dennoch aber gerade deshalb "wird sich die deutsche Arbeiterschaft von dem als richtig erkannten Wege nicht absehn lassen."

Doch soll die Arbeiterschaft gegen die schlechte Behandlung zu wehren hätte, das schafft das abhängige Blatt ab. Es soll weitergebeten werden, was der Regierungssocialismus vorschreibt. Man sieht da weiter: "Wir bekennen uns-wirlich nicht der Regierung oder den herrschenden Kläffen zuliebe zur Pflicht der Landesverteidigung, sondern weil wir wissen, daß wir auch heute, trotz aller Kriegsnot, noch viel zu verlieren haben. Und wie wir unser Land vor einer Niederschlag bewahren wollen, so dürfen wir auch unsre Klasse, die Arbeiterschaft, nicht der Gefahr eines verlorenen Streites in dieser Zeit aussetzen. Es gibt Freunde, die den deutschen Arbeitern eine solche Niederschlag bereiten möchten, Sei vor Ihnen auf der Hut! Mögen die Agenten des Feindlichen Auslands oder der Feinde und Messer zu töten sich anschicken. Sie fragen an anderer Kreise setzt, jedenfalls sind es niemals aufrechte Freunde der deutschen Arbeiterschaft. Nicht der Friede, sondern die Kriege sind ihr Ziel, sondern die Niederlage Deutschlands, die zugleich der Zusammenbruch alles dessen wäre, was wir bis jetzt noch aus der Katastrophen des Weltkrieges gerettet haben. Gegen solches Unheil müssen wir starker als je zusammenstehen."

Berantwortlich für den redaktionellen Teil:

Dr. Curt Meyer in Petipa.

Berantwortlich für den Anwaltsrat:

K. L. Lehmann-Welz.

- Druck und Verlag: Deutscher Buchdrucker-Verein-Verlags-Gesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

### Zweiter außerordentlicher Verbandsitag der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

k. Berlin, 18. Juni.

#### Zweiter Verhandlungstag.

Über Bohn- und Tariffragen referierte Paula Thiele. Sie schilderte die Entwicklung und die Schwierigkeiten, die der Organisation bei Abschluss von Tarifverträgen bis in neueste Zeit gemacht worden sind. Die Prinzipalvereinigungen beglückwünschten ihre Abneigung gegen

## Amtliche Bekanntmachungen.

### ☆ 57. Eierverteilung.

Auf die blauen Eiermarken G 8 wird 1 Ei zugelassen. Der Kleinverkaufspreis der Eier, die wieder wie üblich gestempelt sind, beträgt 39 Pf. für das Stück.

**II.** Bedarfssammlung und Abgabe der Marken G 8 durch die Verbraucher bis Sonnabend, den 22. Juni.

**III.** Entnahme der Bezugskarten in der Bezugsscheinstelle durch die Kleinhändler Montag, den 24. Juni.

Entnahme der Eierbezugsscheine in der Bezugsscheinstelle durch die Eiergroßhändler Mittwoch, den 26. Juni.

**IV.** Ausgabe der Eier durch die Kleinhändler an die Verbraucher am 28. Juni.

Für schlechte Eier erhalten die Verbraucher nur Ersatz, wenn sie das schlechte Ei mit der Schale dem Kleinhändler binnen 3 Tagen zurückbringen.

Leipzig, am 19. Juni 1918.

Kr.-E.-A. III. Der Rat der Stadt Leipzig.

### Kartoffel-Ausgabe.

Für die Verförgungswoche vom 25. Juni bis mit 1. Juli 1918 gelangen auf die linke schwärzgedruckte Hälfte der Kartoffelmarke P8/P8

3 Pfund Kartoffeln und auf die rechte grün gedruckte Hälfte

150 Gramm Mischsuppe oder Kartoffelsuppe.

ohne Wabtredl zur Ausgabe.

**I.** Mischsuppe oder Kartoffelsuppe.

1. Bedarfssammlung durch die Verbraucher in den Nahrmittegeschäften und Abgabe der rechten grün gedruckten Hälfte der Kartoffelmarke P8/P8 Mittwoch, den 19. und Donnerstag, den 20. Juni 1918.

2. Ablieferung der Marken seitens der einer Obmannschaft angehörenden Kleinhändler an den Obmann: Freitag, den 21. Juni 1918.

Entnahme der Bezugsscheine in der Bezugsscheinstelle durch die Kleinhändler und Obmänner: Sonnabend, den 22. Juni 1918. Danach sofort Vorlegung der Bezugsscheine an die Verteilungszentrale für Fleisch und Graupen am Schalter 20.

3. Ausgabe der Suppen durch die Kleinhändler an die Verbraucher: 29. Juni bis 1. Juli 1918. Der Preis beträgt a) für Mischsuppe: 150 Gramm 26 Pf., 300 Gr. 51 Pf., 450 Gr. 77 Pf., 600 Gr. 1.02 Mt., 750 Gr. 1.28 Mt., 900 Gr. 1.58 Mt., 1050 Gr. 1.79 Mt., 1200 Gr. 2.04 Mt., 1350 Gr. 2.30 Mt., 1500 Gr. 2.56 Mt. Kartoffelsuppe 150 Gr. 24 Pf.

#### II. Kartoffeln.

**Verbraucher:** Anmeldung beim Kleinhändler unter Abgabe der linken schwärzgedruckten Hälfte der Kartoffelmarken P8/P8 beim Kleinhändler bis Sonnabend, den 22. Juni 1918.

**Kleinhänder:** Abgabe der eingetragenen Kartoffelmarken bei der Bezugsscheinstelle, Markgrafenstraße 8, unter Einhaltung der für die Markenablieferung geltenden Vorschriften am Montag, dem 24. Juni 1918.

**Großhändler:** Ablieferung der Kartoffelbezugskarten zum Eintausch gegen Bezugsscheine bei der Bezugsscheinstelle, Markgrafenstraße 8, zu den besondern bestimmt gegebenen Zeiten am Donnerstag, dem 27. Juni 1918.

Ausgabe der Kartoffeln in den Kleinhandelsgeschäften von Dienstag, dem 25. Juni 1918 an.

Im übrigen findet die Ordnung der Verteilung von Kommunalverbänden der Stadt Leipzig ausgeteilter Lebensmittel, die seiner besonderen Verbrauchsregelung unterliegen, vom 3. Februar 1917 und die Bekanntmachungen des Rates über die Einführung des Bestellsverfahrens für den Kartoffelbezug vom 19. Oktober 1916 und über den Vertrieb mit Speisekartoffeln im Stadtbezirk Leipzig vom 14. Dezember 1916 allenfalls Anwendung.

Leipzig, am 18. Juni 1918.

Kr.-E.-A. IV. Der Rat der Stadt Leipzig.

### ☆ Verkauf von Speisesirup unter städtischer Aufsicht.

**I.** Auf die Marken 14 E und K der allgemeinen Lebensmittelkarte Reihe C1 werden je 250 Gramm Sirup zugestellt. Der Preis bei der Abgabe an die Verbraucher beträgt 25 Pf. für 250 Gramm.

Bedarfssammlung und Abgabe der Marken durch die Verbraucher bis Sonnabend, den 22. Juni.

**II.** Entnahme der Bezugskarten in der Bezugsscheinstelle durch die Kleinhändler Montag, den 24. Juni.

Auf Wunsch wird den Geschäftsinhabern ein auf dem Reverschein zu beantragender Gewichtszuschlag von 1½ v. H. auf ihre Kosten gewährt.

**IV.**

Die Vorlegung der Bezugskarten durch die Kleinhändler an die Lebensmittel-Verförgungs-Gesellschaft hat unmittelbar nach der Entnahme an die Lebensmittel-Verförgungs-Gesellschaft in deren Geschäftsstelle Burgstraße 93, L., zu erfolgen, dort wird jedem Kleinhändler der Speisesirup-Ausgabekasten mitgeteilt, dieser sind sofort die Bezugskarten abzuliefern.

Für die Entnahme des Speisesirups ist der Ausgabestelle ein Gefäß zu übergeben, an dem in dauerhafter Weise der Name des Besitzers und das Gewicht des Gefäßes anzugeben sein muss. Die Abholung des Speisesirups kann erst vier Tage nach der Abgabe der Bezugskarte und des Gefäßes erfolgen und ist spätestens bis zum 29. Juni zu bewirken.

**V.** Die Ausgabe des Sirups durch die Geschäftsinhaber an die Verbraucher ist sofort nach Empfang der Ware vorzunehmen. Die Verbraucher haben ihn spätestens bis zum 3. Juli abzuholen.

**VI.** Die Ordnung der Verteilung vom Kommunalverbande der Stadt Leipzig ausgegebener Lebensmittel, die seiner besonderen Verbrauchsregelung unterliegen, vom 3. Februar 1917, findet allenfalls Anwendung.

Kr.-E.-A. III. Leipzig, am 19. Juni 1918.

Der Rat der Stadt Leipzig.

### Radfahrer! Achtung! Papier-Rad-Bereifung!

Vollkommenster Erfolg für Gummi. Ohne jed Mechanismus. Unter Garantie, keine Reparaturen, weiterfest, leichtes, geräuschos und elastisches Fahren, ohne zu rutschen.

Kompl. Bereifung Mr. 30.— Musterstück zur gef. Ansicht bei

Max Schwarze, Leipzig, Elisenstr. 105, p.

## Gummileder-Besohlung

vollkommenster Erfolg für Kernleder, wenn nach unserem bewährten, wasserbeständigen Klebefeverfahren ausgeführt. Rasche Fertigstellung.

30000 Paar innerhalb zwei Jahren in Dresden besohlt.

E. Bareiß & Cie., Brühl 33



### Schuh-Besohlung

und Schuh-Reparaturen unter fachmännischer Leitung in eigener Werkstätte

Annahmestellen in meinen Geschäften  
Petersstr. 48 :: Grimmische Str. 16  
Hainstrasse 5 und in der Werkstatt  
Hainstrasse 5, Aufgang C, 3 Treppen

H. Nordheimer

#### Arbeitsmarkt

### Werkzeugschlosser, Schnitt- und Stanzenbauer

möglichst ältere Jahrgänge, für meine Werkzeugfabrik mit ausschließlich dringendsten Heereslieferungen beschäftigt nach Dringlichkeitsstufe I sofort gesucht.

Schriftliche oder verbindliche Meldungen bei Gossweiler Werkzeugfertigungsbetrieb Schwarzenberg i. Sa.

Junge Mädchen für leichte, saubere Beschäftigung stellt ein  
otto Müller, Leipzig, Karlsprinzstr. 8.

## Metallarbeiter-Verband

Mitgliedsstellen: Volkshaus, Böhlitz-Ehrenberg. Die Bibliothek steht allen Mitgliedern zu Verfügung und bleibt während der Versammlungen offen. Die Versammlungen müssen gegen Bezahlung des Verbandsbeitrags innerhalb drei Tagen erfolgen.

**Heizungsmeister und Helfer.** Sonnabend, den 22. Juni, abends 8 Uhr. Versammlung im Volkshaus. Tagesordnung: Lehrlingsförderungen! Das Erleben aller Kollegen erwartet. Das Agitationsteam.

Die vom Militärdienst zu gewerblicher Arbeit eingesetzten, beurlaubten (reklamierten) oder abkommandierten Kollegen müssen sich ohne Rücksicht auf die Dauer ihrer Beurlaubung im Bureau wieder anmelden, wenn sie nicht der durch ihre frühere Mitgliedschaft erworbene Rechte verlustig gehen wollen.

## Schlosser

für Schnitte und Stanzen sofort gesucht.  
Otto Schaaf, Metallwarenfabrik Böhlitz-Ehrenberg-Leipzig.

Bum möglichst sofortigen Antritt  
**Arbeitsmädchen** für leichte Arbeit und Wegelaufen gesucht.  
Hickel & Co., L.-Schönefeld Schmidt-Mühlstraße 36.

Draht- und FadenhefterInnen  
ZusammenträgerInnen  
FertigmacherInnen  
DeckenmacherInnen  
wie gewöhnliche  
EinschlägerInnen sofort gesucht.  
Dampfbuchbinderei vorm. F. A. Barthel.

Tüchtiger Vorarbeiter welcher in Überbauten u. Pfählen eingerammt erfahren ist, möglichst mit Leuten, so gesucht. Zu melden bei E. Thiele, Leipzig-Vo. Berliner Straße 479b.

**kräftiges Mädchen** welches in Buchhandlung Lagerbüros übernimmt, sofort gesucht.  
Buchhandlung Gustav Fock, G. m. b. H. Schloßgasse 7, I.

Perf. WebelmacherInnen, welche auch rollen können, sucht **Brösdorf**, Schenkenborstrasse 24, Zigarrengefässer. Sind nicht an die Expedition d. Leipz. Volkszeitung zu richten.

**Garnillen-Nachrichten** Unerwartet und schwer traf uns die schmerzhafte Nachricht, daß unser innigstgeliebter Mann, unser braver Bruder, Schwiegersohn und Schwager und Onkel, der Holzbildhauer

**Walter Hiemann** Jäger im Inf.-Jäger-Bat. 26, 4. Kompanie am 6. Juni 1918, morgens 5 Uhr, dem Böllerring zum Tod gebracht. Dies zogen schmerzerfüllt am 2. August, den 19. Juni 1918.

**Döwald Hiemann und Frau geb. Bogler** Arthur Hiemann, zur Zeit im Felde, und Frau geb. Hiemann nebst Tochter Kurt Barth, zur Zeit in französischer Gefangenschaft, und Frau geb. Hiemann nebst Sohn Otto Hiemann, zur Zeit verlaufen, und Frau geb. Bernold nebst Tochter Walter Jolla, zur Zeit im Felde, und Frau geb. Hiemann nebst Sohn.

**Leopold Wächtler** Reserve-Feld-Artillerie-Regiment, 40, 8. Batterie Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse und der Friedrich-August-Medaille im Alter von 30 Jahren nach 4 Jahren schwerer Strapazen am 10. Juni durch Granatsplitter getroffen und am 12. Juni auf einem Friedhof zur letzten Ruhe bestattet wurde.

Bis zuletzt um uns besorgt, war sein heißer Wunsch, gesund in die Heimat zurückzukehren. In tiefstem Schmerz L. Connewitz, Rossmässlerstrasse 24, L.

**Martha Wächtler geb. Rauchfuss** im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.







